

Aktionstag am 19. Juni 2010



SOLIDARITÄT MUSS PRAKTISCH WERDEN! FREIHEIT FÜR DIE §129B- UND ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN WELTWEIT!

Aktuell laufen in Stuttgart-Stammheim und in Düsseldorf drei Prozesse gegen 6 türkische Linke mit dem Vorwurf nach §129b, der Rädelsführerschaft, Mitgliedschaft und Unterstützung der DHKP-C.

Ahmet und Devrim sind seit mehr als drei ½ Jahren in Stuttgart-Stammheim, Faruk seit drei Jahren in Düsseldorf und Nurhan, Cengiz und Ahmet Istanbul seit 1 ½ Jahren in Köln, Düsseldorf und Wuppertal weggesperrt.

Alle 6 befinden sich in Isolationshaft, d.h. 23 Stunden am Tag auf der Zelle. Besuchserlaubnisse werden stark reglementiert und finden nur hinter einer zentimeterdicken Trennscheibe statt, der Briefverkehr wird überwacht und ungewünschte Inhalte konfisziert.

Als Zeugen bedient sich die deutsche Justiz unter anderem an bekannten Folterern der Istanbul Anti-Terror-Einheit und verwendet Geständnisse als Beweise von denen anzunehmen ist, dass sie unter Folter erzwungen wurden.

Besucher der Prozesse werden schikaniert oder wie in Düsseldorf geschehen, von der Polizei in so genannten Störzellen unterhalb der Gerichtsräume zusammengeschlagen.

Spendensammlungen, und die zur Verfügung Stellung finanzieller Mittel für fortschrittliche linke Gruppen die auf der Terrorliste stehen, oder Personen die des Terrors verdächtigt werden, werden mit dem Aussenwirtschaftsgesetz erstmals kriminalisiert und können Haftstrafen von 6 Monaten bis zu 15 Jahren nach sich ziehen.

In den letzten drei Jahren sind das nun bereits drei Prozesse die auf der Basis des §129b gegen linke Strukturen angewendet werden und die sich (noch) explizit gegen die MitarbeiterInnen der Anatolischen Föderation und

deren Vereinsmitglieder sowie Personen aus dem Umfeld richtet.

Die Funktion des §129b zeigt sich hier im Kleinen schon in aller Deutlichkeit:

- Schwächung und Isolierung der politischen Strukturen (infrastrukturell und organisatorisch)
- Abschreckung nach innen (Angst vor Kriminalisierung) und Diffamierungen nach außen (Stimmungsmache der Medien innerhalb der Bevölkerung gegen den so genannten „linksextremistischen Terror“)
- Lähmung der politischen wie auch der Solidaritätsarbeit durch das Damoklesschwert "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung"

Die Auswirkungen und Funktionen von Repression allgemein und dem §129b im besonderen (Abschreckung, Lähmung, Zerschlagung) haben hier bereits ganz konkrete Auswirkungen.

Umso wichtiger ist jetzt die Solidarität mit den GenossInnen, die momentan im Fadenkreuz des Staates stehen! Ein Angriff gegen eine/n von uns, ist ein Angriff gegen uns alle!

Der Charakter des Paragraphen 129b

Die Paragraphen sind Teil der Gesetzgebungen die unter dem Schlagwort der präventiven Konterrevolution zusammengefasst werden können.

Die Möglichkeiten zur Verfolgung und Informationsgewinnung die den Strafbehörden damit auf internationaler Ebene gegeben wird, stehen in keinem realen Verhältnis zum aktuellen Stand der Klassenkämpfe und der politischen Kräfte die auf eine Umwälzung der Verhältnisse innerhalb der BRD hin arbeiten und haben auch im Hinblick auf die sich zusehend verschärfende kapitalistische Krise einen eindeutig vorbeugenden Charakter.



network ★
freedom for all political prisoners

Der 19. Juni - Tag des revolutionären Gefangenen

Was hier in der BRD der 18.03 ist, wird in anderen europäischen Ländern am 19.06 als Tag des revolutionären Gefangenen begonnen.

Sein historischer Bezugspunkt findet sich in Lateinamerika.

1985 kam es in Peru zu starken Gefangenerevolten die sich gegen die betriebene Isolierung von politischen Gefangenen durch ihre Aufteilung in kilometerweit voneinander entfernte Gefängnisse, sowie die geplante Einführung von Hochsicherheitsknästen richteten.

Die Kämpfe dauerten bis zum 19. Juni 1986 an, als das sozialdemokratische APRA-Regime, unter Billigung der Sozialistischen Internationale angeführt von Willi Brandt, mehr als 300 Gefangene des maoistischen PCP-Sendero Luminoso tötete und die Gefangenenkämpfe blutig niederschlug.

Die Angehörigenorganisation der CCC-Gefangenen (APAPC, Association des Parents et Amis des Prisonniers Communistes) in Belgien griff diesen Tag erstmals 1997 mit einer Konferenz in Brüssel auf.

In den Folgejahren gab es unter internationaler Beteiligung weitere Treffen, die einen gegenseitigen Austausch und eine Koordination von Aktivitäten hinsichtlich einer effektiveren Solidaritätsarbeit für die revolutionären Gefangenen weltweit förderten.

Die CCC-Gefangenen haben mit einer von ihnen formulierten Plattform 1999 sowohl für die Solidaritäts- und Angehörigenstrukturen draussen als auch für ein koordiniertes Agieren der Gefangenen in den Knästen Eckpunkte gesetzt, die zur Unterstützung der Gefangenenkämpfe weltweit wesentlich waren.

Eckpunkte zur Unterstützung der Gefangenen:

- Schluss mit Folter und Isolation
- Freilassung haftunfähiger Gefangener
- Information über die Gefangenen und ihren Kampf
- materielle Unterstützung der Gefangenen
- internationale Solidarität in den Gefangenenkämpfen (bspw. in Hungerstreiks)

Eckpunkte für den Aufbau einer gemeinsamen Plattform der Gefangenen:

- Solidarität ist eine Waffe!
- Man hat ein Recht zur Revolte!
- Ohne Gerechtigkeit kein Friede!
- Weder Reue noch Kapitulation!
- Ein Angriff gegen eine/n von uns ist ein Angriff gegen alle!

Sie richteten sich damit an alle revolutionären, kommunistischen, anarchistischen, antifaschistischen oder antiimperialistischen Gefangenen weltweit.

In der Plattform 19. Juni waren über 100 Gefangene aus Spanien, der Türkei und Belgien organisiert.

Die aktuelle Anwendung des §129b dient vielmehr der Komplizenschaft mit den Herrschenden in anderen Ländern, hier der Türkei, in der Verfolgung von Exilstrukturen in der BRD denen die Mitgliedschaft einer Organisation nachgesagt wird, die in der Türkei über die politischen Kräfte verfügen um dort den Klassenkampf von unten entwickeln zu können.

Sie dient zur Bekämpfung vor allem der migrantischen Linken, steht aber auch in dem Zusammenhang mit der Erklärung der Kanzlerin Merkel, die das Führen von Kriegen zur deutschen Staatsräson erklärt hat.

Der internationalen Verfolgung die internationale Solidarität entgegensetzen!

Die Qualität der Repression hat sich mit der Einführung des §129b sowohl gegen die migrantischen als aber auch für die internationalistischen und anti-imperialistischen Kräfte gesteigert:

Auf europäischer Ebene entspricht der §129b den Anti Terror Gesetzen die in allen Europäischen Mitgliedsstaaten eingeführt wurden.

Diese Gesetze ermöglichen den EU Mitgliedstaaten ein koordiniertes, gleichzeitiges und gezieltes Vorgehen gegen oppositionelle und revolutionäre Kräfte auf internationaler Ebene.

Das heißt, der §129b ist daher nicht nur ein qualitativer Sprung der Möglichkeiten der Verfolgung und Niederschlagung internationalistischer oder antiimperialistischer Kräfte die in der BRD aktiv sind, sondern vor allen Dingen ein qualitativer Sprung in der Zusammenarbeit Deutschlands mit anderen EU Staaten/ NATO Partnern in der Verfolgung und Niederschlagung des über alle Grenzen hinweg gemeinsamen Feindes der Herrschenden - der antikapitalistischen und revolutionären linken Kräfte.

Genau dieser qualitative Sprung wird gerade in den §129b Prozessen in Stuttgart und Düsseldorf in Blei gegossen.

Wenn in dem §129b Prozess in Düsseldorf einem revolutionären Gefangenen wie Faruk Ereren mit der

Abschiebung in die Türkei gedroht wird in der ihm Folterungen und Ermordung droht, wenn in dem §129b Prozess in Stuttgart-Stammheim gegen Devrim Güler und Ahmet D. Yüksel bekannte Folterer der türkischen Polizei wie Bayraktutan als Zeugen vernommen werden oder wenn im §129b Prozess gegen Nurhan Erdem, Cengiz Oban und Ahmet Istanbulu Spendensammlungen zur Unterstützung von linken Kräften und Projekten innerhalb der BRD und an die türkischen Genossen kriminalisiert werden, dann macht sich die BRD in all diesen Fällen nicht nur zum Handlanger der Türkei, sondern wird auch hier zum aktiven Komplizen in der Bekämpfung türkischer und kurdischer revolutionärer Kräfte.

Wir als Linke und Revolutionäre stehen einer Einheit der Herrschenden und einer Form der Repression gegenüber die international organisiert ist.

Unsere Antwort darauf kann nur ein international geführter politischer Kampf und die Solidarität mit den Kämpfenden weltweit sein.

Daher rufen wir dazu auf am 19. Juni, dem Tag der revolutionären Gefangenen der europaweit begonnen wird, auf die Straße zu gehen - gegen die Kriminalisierung von Revolutionären und AntifaschistInnen aus der Türkei und Kurdistan - für die Freiheit der §129b- und allen politischen Gefangenen weltweit!

Lasst eure Solidarität praktisch werden und beteiligt euch am Aktionstag!

Gegen die Kriminalisierung von Revolutionären und AntifaschistInnen aus der Türkei und Kurdistan!

Gegen die Verurteilungen, Verfolgungen, Organisationsverbote und Abschiebungen!
Europa – Komplize des Folterstaates Türkei!

Internationale Klassensolidarität aufbauen!
Kapitalismus zerschlagen!

Aktuelle Informationen zu den §129b-Prozessen findet ihr unter:
www.no129.info
www.gefangenen.info

Bitte schickt uns die Fotos eurer Aktivitäten an: kontakt@no129.info